



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner **Einblick :**

06. Februar 2015 | Nr. 15

Entschieden gegen Hass und Rassismus!

Abgeordnete mit Migrationshintergrund rufen auf

Unter dem Titel „Für unser vielfältiges Deutschland – entschieden gegen Hass und Rassismus!“ rufe ich gemeinsam mit weiteren Abgeordneten mit Migrationshintergrund zu Toleranz und Mitmenschlichkeit in Deutschland auf. Besonders gefreut hat mich, dass wir dieses wichtige Signal über Fraktionsgrenzen hinweg senden konnten.

„Wir sind Bundestagsabgeordnete verschiedener Herkunft und Weltanschauungen. Wir gehören verschiedenen Fraktionen an. Doch was uns unterscheidet, ist bei weitem nicht so stark wie das, was uns eint: Der Glaube an unsere Demokratie. Wir wissen, dass die offene und freie Gesellschaft nicht selbstverständlich ist und immer wieder verteidigt werden muss. Die diffuse Angst vor einer angeblichen Islamisierung unseres Landes gegen die offene und plurale Gesellschaft und Werte unseres Grundgesetzes agitiert so stark wie das, was uns eint: Der Glaube an unsere Demokratie. Wir wissen, dass die offene und freie Gesellschaft nicht selbstverständlich ist und immer wieder verteidigt werden muss.“



Mahnwache für Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz Mitte Januar vor dem Brandenburger Tor

Junophoto / Julia Nowak

sellschaft nicht selbstverständlich ist und immer wieder verteidigt werden muss. Die diffuse Angst vor einer angeblichen Islamisierung Deutschlands der Pegida-DemonstrantInnen, die z.T. von Rechtsradikalen gesteuert werden, basiert auf Unwissenheit, Lügen, Ressentiments und Ignoranz. Viele AfD-

Demokratie lebt von Meinungsfreiheit. Sie lebt jedoch auch davon, dass Demokratinnen und Demokraten aufstehen, wenn – wie bei Pegida und

– Weiter auf Seite 2 –



Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem 1. Januar 2015 gilt der Mindestlohn. Das ist eine historische Leistung der deutschen Sozialdemokratie. Diese Errungenschaft dürfen wir uns nicht klein und schon gar nicht kaputt reden lassen. Wer ehrlich und für eine gerechte Bezahlung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist, braucht gegen eine Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeiten nicht zu protestieren. Jeder Handwerker führt Stundenzettel. Die jetzt vorgebrachten Argumente gegen zu viel Bürokratie sind vorgeschoben.

Mehr dazu auf Seite 3 in diesem Einblick. Viel Freude bei der Lektüre.

Liebe Grüße

Katarina

Fortsetzung: Entschieden gegen Hass und Rassismus

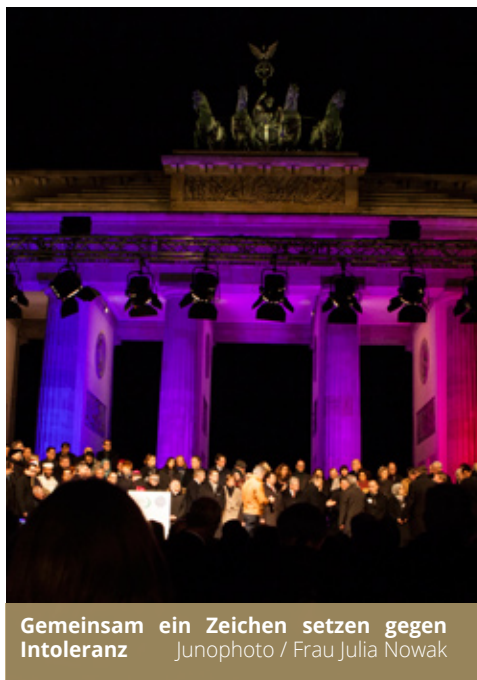
Abgeordnete mit Migrationshintergrund rufen auf

Mitglieder sympathisieren mit dieser islamfeindlichen Bewegung. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, sich klar von diesen anti-demokratischen Bewegungen abzugrenzen.

Es liegt uns fern, Probleme klein zu reden. Die wachsenden Zahlen von Salafisten und IS-Kämpfern, die bei uns rekrutiert werden, beunruhigt uns sehr und stellen ein ernstzunehmendes Problem dar. Der brutale und mit nichts zu rechtfertigende Terroranschlag gegen das Pariser Satiremagazin Charlie Hebdo ist ein schwerer Anschlag gegen unsere Meinungs- und Pressefreiheit und macht uns fassungslos. Die richtigen Worte hatte der ehemalige Ministerpräsident Norwegens Jens Stoltenberg 2011 nach dem Breivik-Anschlag gefunden: „Unsere Antwort auf Gewalt ist noch mehr Demokratie, noch mehr Humanität, aber niemals Naivität.“ Wir dürfen nicht zulassen, dass die Täter ihr Ziel erreichen: Wir lassen die Spaltung unserer Gesellschaft durch Angst und Hass nicht zu. Weder eine Religion, noch eine Religionsgemeinschaft sind die Ursache für terroristische Anschläge. Pegida und AfD versuchen den schrecklichen Terroranschlag innenpolitisch zu instrumentalisieren und schüren weiter Vorurteile. Wir möchten alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, diesem perfiden Plan nicht auf den Leim zu gehen.

Deutliche Signale, wie die große Beteiligung an den Gegendemonstrationen in u.a. München, Köln, Münster, Stuttgart und Berlin oder die Abschaltung der Beleuchtung des Kölner Doms und des Brandenburger Tors sowie die klaren Worte unserer Bundeskanzlerin sind richtig und wichtig. Es reicht aber

nicht. Die Pegida-Bewegung ist die erste größere Bewegung, in der sich in Deutschland moderne Formen des Rassismus manifestieren. Es gibt weit mehr Pegida-Sympathisanten in



Deutschland als wir bei den Demonstrationen auf der Straße sehen und es ist nicht nur ein Dresdener Phänomen. Erst kürzlich hat auch der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung erneut gezeigt: Die Ablehnung des Islam ist in Deutschland weit verbreitet und wird außerdem immer größer.

Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Tod aus ihren Ländern geflohen sind, fürchten in unserer Vorzeigedemokratie Deutschland um ihr Leben. Das wollen und dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen Orte der Begegnung und des Dialogs schaffen. An sehr vielen Stellen geschieht dies schon tagtäglich. Wir möchten allen zumeist ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern danken, die sich für Flüchtlinge einsetzen

und hetzenden GegnerInnen von Flüchtlingsheimen Paroli bieten. Einige von uns haben selbst Fluchterfahrung und wissen, wie wichtig es ist, in dieser schwierigen Zeit Solidarität zu erfahren. Nur wer sich in Deutschland willkommen und angenommen fühlt, kann sich integrieren. Deutschland ist vielfältig und profitiert von dieser Vielfalt. Wir sind auch aus demographischen und wirtschaftlichen Gründen auf Zuwanderung angewiesen. Zugleich leben Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte seit Jahrzehnten bei uns und bereichern unsere Gesellschaft. Einwanderungsgesellschaften sind selten frei von Konflikten, dennoch ist Integration in unserem Land millionenfach gelungen.

Wir sind alle gefragt, durch Bildung, Aufklärung, Begegnung, Information und Dialog, Ressentiments offen zu legen, völkische und antipluralistische Vorurteile zu entkräften, rechtsextremen Tendenzen und Antisemitismus entschlossen entgegen zu treten. Deshalb: Hass, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Wir sagen NEIN zu jeder Art von Gewalt und Extremismus. Keine Toleranz gegenüber Intoleranz!

Wir danken allen, die sich für unsere Demokratie gegen solche Gruppierungen stellen.“

Die Unterzeichner/innen

Özcan Mutlu, Aydan Özoguz, Cem Özdemir, Josip Juratovic, Richard Pitterle, Daniela de Ridder, Metin Hakverdi, Dieter Janecek, Swen Schulz, Karamba Diaby, Susanna Karawanskij, Ekin Deligöz, Cansel Kiziltepe, Katarina Barley, Omid Nouripour, Irene Mihalic, Agnieszka Brugger, Mahmut Özdemir, Gülistan Yüksel

Der Mindestlohn gilt seit dem 1. Januar 2015

Aufzeichnungspflicht beugt Missbrauch vor

Rund 3,7 Millionen Menschen profitieren seit dem 1.1.2015 vom Mindestlohn. Um sicherzustellen, dass tatsächlich 8,50 Euro pro Stunde für die geleistete Arbeit gezahlt wird, müssen Arbeitgeber in manchen Fällen die tägliche Arbeitszeit ihrer Beschäftigten erfassen – das haben SPD und die Union gemeinsam im Gesetz beschlossen. Die Aufzeichnungspflicht gilt für die stark von Schwarzarbeit betroffene Branchen und für Minijobber. Der gesetzliche Mindestlohn bedeutet das Ende von Ausbeuterlöhnen. Endlich!

Wir wollen, dass der Mindestlohn eingehalten wird. Dafür braucht man Kontrollmechanismen wie die Erfassung der Arbeitszeiten. Denn der Mindestlohn bezieht sich auf die Bezahlung pro Stunde und deswegen ist nicht nur die Lohnhöhe, sondern auch die Länge der Arbeitszeit maßgeblich. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die unkorrekte Erfassung der Arbeitszeiten eine gängige Praxis der Umgehung von Mindestlöhnen sein kann. Von der Aufzeichnungspflicht profitieren deswegen nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die ehrlichen Unternehmen, die in ihren Betrieben den Mindestlohn zahlen.

Nach dem Mindestlohngesetz müssen seit dem 1.1.2015 Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit aufgezeichnet werden. Es muss dabei keine Formvorschrift eingehalten werden. Handschriftliche Aufzeichnungen sind ausreichend. Es genügt, wenn der Arbeitnehmer innerhalb einer Woche seine Arbeitszeiten aufschreibt und der Arbeitgeber abzeichnet. Dies ist in vielen Branchen wie zum Beispiel beim Bau schon gängige Praxis. Den Vorwurf, es gebe jetzt ein „Bürokratie-Monster“, kann ich deswegen nicht nachvollziehen.

Die Aufzeichnungspflicht gilt für die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannten Wirtschaftsbereiche, wie etwa



Bau oder Fleischwirtschaft. Die Aufzeichnungspflicht entfällt hier, wenn das Monatseinkommen der Beschäftigten 2.958 Euro übersteigt.

Die Aufzeichnungspflicht besteht darüber hinaus für alle geringfügig Beschäftigten in unserem Land, die gewerblich beschäftigt sind. Das ist jedoch nicht neu: Auch bisher sahen die Geringfügigkeitsrichtlinien die Dokumentation über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit vor. Für Minijobber in Privathaushalten gilt die Aufzeichnungspflicht nicht.

Vielfach müssen Beschäftigte regelmäßig Überstunden leisten, die nicht

vergütet werden. Mit der Aufzeichnungspflicht schieben wir dieser Praxis nun ein Riegel vor. Außerdem können Vergütungssysteme mit Stücklöhnen sowie Akkordarbeit, die gerade im Niedriglohnbereich weit verbreitet ist, nicht mehr zum Missbrauch benutzt werden.

Was wäre geschehen, wenn wir diese flankierenden Maßnahmen nicht getroffen hätten? Der Aufschrei über mögliche Umgehungen des Mindestlohns wäre groß gewesen. Mit den jetzt vereinbarten Regelungen stellen wir sicher, dass der Mindestlohn auch wirklich bei den Menschen ankommt. *Katarina Barley*

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 06.02.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 06.02.2015

Red Hand Day

Weltweite Initiative gegen Missbrauch von Kindern als Soldaten

Seit über 10 Jahren gibt es jährlich den sogenannte Red Hand Day. Er erinnert weltweit an das Schicksal von Kindersoldaten. Hunderttausende rote Handabdrücke wurden bereits in über 50 Ländern gesammelt. Auch der Deutsche Bundestag hat sich am 4. Februar wieder an der Aktion beteiligt und viele Handabdrücke von Unterstützerinnen und Unterstützern gesammelt.



Katarina Barley und Karlchen Adler bei der Aktion Rote Hand im Bundestag

Die Kinderkommission des Bundestages hatte Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen. Der Bundestag hat so auch in diesem Jahr ein starkes Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten gesetzt.

Seit dem 12. Februar 2002 gilt ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention, das den Einsatz von min-

derjährigen Soldaten verbietet. Deshalb ist der 12. Februar Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Trotzdem schätzen die Vereinten Nationen, dass heute noch insgesamt etwa 250.000 Kinder als Soldaten an fast allen derzeit aktuellen bewaffneten Konflikten auf der Welt beteiligt sind. Diese Zahl ist erschreckend und deprimierend zugleich.

Kundenfreundlichstes Finanzamt Deutschlands

Das Portal Steuertipps.de hat in einer Umfrage mit mehr als 10.000 Befragten das kundenfreundlichste Finanzamt in der Bundesrepublik ermittelt. Bundesweiter Spitzenreiter ist Bitburg! Herzlichen Glückwunsch!

Besonders freue ich mich für den Schweicher Hans-Dieter Natus, der das Finanzamt in Bitburg leitet. Er hat mit Sicherheit einen großen persönlichen Anteil an dieser Auszeichnung.

Neuerungen zum Jahreswechsel 2015

Der Mindestlohn gilt ++ Der Pflegemindestlohn steigt ++ Bund übernimmt BAföG-Kosten ++ Höhere Regelsätze für die Grundsicherung ++ Rentenbeitragsatz bei 18,7 Prozent ++ Mindestbeitrag in gesetzliche Rentenversicherung sinkt ++ Neue Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen ++ Beitrag zur Krankenversicherung bei 14,6 Prozent ++ Mehr Zeit und Geld für Pflege ++ Elektronische Gesundheitskarte ist Pflicht ++ Entlastung für Länder und Kommunen bei der Eingliederungshilfe ++ Austauschpflicht für alte Heizgeräte ++ Stromverbrauch von Kaffeemaschinen senken ++ Förderprogramm Energieberatung im Mittelstand ++ Bundesweite Kfz-Kennzeichenmitnahme ++ Fahrzeugabmeldung via Internet ++ Abgasnorm Euro 6 für Neuwagen ++ Erste-Hilfe-Kasten mit neuer Norm ++ EU-Energielabel auch beim Online-Kauf Pflicht ++ Mehr Fördergeld für die kleine Kraft-Wärme-Kopplung ++ Neuregelungen zum Elterngeld Plus ++ Doppelte Staatsangehörigkeit

Details unter

www.bundesregierung.de